

Material

VWL

Was ist das?

Gruppe 1: Neoklassik

Aufgabe:

1. Informiert euch über die Theorierichtung der Neoklassik in eurer Kleingruppe. Lest dazu das Material und sucht im Internet nach weiteren Quellen.
2. Bereitet im Anschluss ein Flipchart vor, auf dem ihr interessante Aspekte Eurer Diskussion für Eure Kommiliton:innen darstellt und im Plenum vorstellen könnt
3. Nachdem alle Gruppen vorgestellt haben, werden gemeinsam Zitate zu den Theorierichtungen zugeordnet.

Material:

Der paradigmatische Kern der neoklassischen Theorie bildet den heutigen „Mainstream“ der Volkswirtschaftslehre und dominiert die ökonomische Bildung und Forschung. Das zentrale Problem der Ökonomie liegt nach neoklassischem Verständnis in der begrenzten Natur gesellschaftlicher **Ressourcen**. Die Ökonomie als Wissenschaft soll aufgrund dieser **Knappheit** die Bewirtschaftung einer Volkswirtschaft studieren, um **Wohlstand** durch **optimale Ressourcenallokation** (Verteilung) zu ermöglichen. Dabei kann die Ökonomie vereinfacht als **Tauschwirtschaft** verstanden werden, in welcher rationale Akteure mit exogen gesetzten Ausstattungen auf **Märkten** interagieren und auf Grund von wechselseitigem Nutzen **Handel** betreiben. Die zentralen Bereiche der Neoklassik bilden die Mikroökonomik, die das Verhalten von Haushalten und Unternehmen untersucht, die Makroökonomik, die aggregierte Größen und die Interaktion von Märkten betrachtet, sowie die Ökonometrie als Analyseinstrument. Dabei werden vorwiegend mathematische Modelle herangezogen, mit welchen die Neoklassik ihrem Selbstverständnis nach kausale Zusammenhänge des Wirtschaftssystems untersuchen kann.

Die neoklassische Theorie geht bei ihrer Konzeption der Wirtschaft von **Individuen** aus, die vor abzuwägenden Alternativen stehen und mit ihren Entscheidungen den eigenen **Nutzen maximieren** wollen. Um als Wirtschaftssubjekt zu einem optimalen Ergebnis zu gelangen, wird eine Abwägung von **Kosten** und **Nutzen** als **Entscheidungsgrundlage** herangezogen, wobei marginale Größen im Sinne der Grenznutzenschule als wesentliche Faktoren betrachtet werden. So gibt der **Grenznutzen** auf der einen Seite den marginalen Nutzenzuwachs einer zusätzlichen Einheit an, während die **Grenzkosten** die marginalen Kosten dieser weiteren Einheit beschreiben. „Ein rationaler Entscheidungsträger entscheidet sich dann und nur dann für eine bestimmte Aktion, wenn der Grenznutzen der Aktion die Grenzkosten übersteigt“ (Mankiw 2004, S.7). In diesem Kontext wird häufig die Abstraktion des **homo oeconomicus** herangezogen. Dieser repräsentiert ein idealtypisches Individuum, welches im Sinne der Nutzenmaximierung rational und vornehmlich mit Blick auf seinen Eigennutzen handelt. Die auf Eigennutz basierenden individuellen Entscheidungen führen dennoch i.d.R. zum gesamtgesellschaftlich optimalen Ergebnis (höchsten Wohlstand). Die Neoklassik geht im Kern daher davon aus, dass **unregulierte Märkte** zu einer optimalen Allokation der Ressourcen führen.

Während sich die **Mikroökonomik** vornehmlich mit der Analyse des Verhaltens von **Haushalten** und **Unternehmen** auf unterschiedlichen Märkten und Marktformen beschäftigt, stehen in der **Makroökonomik** aggregierte Gesamtgrößen wie Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosenquote oder Inflationsrate, sowie die Struktur und das Zusammenspiel von Märkten im Vordergrund (vornehmlich der Gütermarkt, der Arbeitsmarkt und der Geldmarkt). Makroökonomische Ansätze greifen dabei vermehrt auf eine **mikroökonomische Fundierung** zurück, um gesamtwirtschaftliche Schlüsselvariablen zu untersuchen. Schlussendlich führen die Entscheidungen und Handlungen auf der

Mikroebene zu einem gesamtgesellschaftlichen Gleichgewichtszustand auf der Makroebene. Dabei tendiert der Markt im Normalfall **von sich aus zu einem gleichgewichtigen Zustand**, weshalb dieser als prinzipiell **stabil** angesehen wird. Das bedeutet nicht, dass sich der Markt fortwährend im Gleichgewicht befindet, sondern dass dieser in der langen Frist einen statischen, stabilen Zustand anstrebt. Nichtsdestotrotz lässt sich daraus ableiten, dass in der Neoklassik generell von allgemeinen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ausgegangen wird, die unabhängig von Zeit und Ort existieren.

Häufig wird die Nutzung mathematischer Erklärungsansätze als Stärke gegenüber anderen Sozialwissenschaften angesehen, da die Generalisierung und Nachvollziehbarkeit der Erkenntnisse aus formalisierten Modellen zuverlässiger erscheint als bei verbalen Analysen. So wird argumentiert, dass mathematische Formulierungen im Gegensatz zu verbalen Argumenten eindeutig definiert sind und im Gegensatz zu den Werken der klassischen Ökonomik nicht beliebig interpretiert werden können. Klassischerweise wird die Nutzenmaximierung von Individuen modelliert, welche gleichzeitig Restriktionen unterliegen. Auch Umweltökonom*innen bedienen sich dieser Herangehensweise, um beispielsweise die optimale Steuer auf Treibhausgasemission zu berechnen, indem Wirtschaftswachstum als Zielfunktion und Emissionsgrenzen als Nebenbedingung beschrieben wird.

Auch die Neoklassik fußt in ihren Grundannahmen auf einem normativen Fundament, welches sich aus der grundsätzlichen Problemstellung, d.h. der effizienten Allokation knapper Ressourcen, ableitet. So nimmt sie an, dass es das Ziel der Menschen ist, ihren Nutzen zu maximieren, welches wiederum mathematisch modelliert werden kann. Da ausschließlich die Individuen ihre Präferenzen kennen, stellt der Markt dabei das beste Instrument dar, um diese zu befriedigen. Ein Eingreifen des Staates wird nur in Fällen von Marktversagen als wirtschaftlich sinnvoll erachtet und der vollkommene Markt als theoretischer Normalfall und vollständige Konkurrenz als Idealzustand angenommen. Ideologisch erkennt die Neoklassik nur die negative Freiheit, also die Freiheit von Zwängen (wie Staatseingriffe) an und sieht diese am besten in einem Marktsystem verwirklicht. Diese Kategorisierung und Begrifflichkeit impliziert eine gewisse "Marktgläubigkeit", weshalb neoklassische Ökonom*innen oft mit einem wirtschaftsliberalen Weltbild in Verbindung gebracht werden. Dies verdeutlicht beispielsweise die Herangehensweise der Umweltökonomik, Umweltschäden als externe Effekte zu klassifizieren, welche als Marktware verknappt und handelbar gemacht werden müssen. Kritiker*innen werfen der Neoklassik daher eine Verdinglichung der Untersuchungsgegenstände vor. Auch sei sie dabei parteilich für spezifische Zwecke, beispielsweise die Legitimierung des unbedingten Vorteilsstrebens als einziges Ziel unternehmerischen Handelns oder die Anwendung der Verhaltensökonomik als Mittel der Gewinnmaximierung.

Der Text stellt eine gekürzte und leicht abgeänderte Form der Darstellung auf dieser Seite dar:
<https://www.exploring-economics.org/de/orientieren/neoklassik/>

Literatur:

Mankiw, N. Gregory 2004: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., Stuttgart 2004.

Gruppe 2: Postkeynesianismus

Aufgabe:

1. Informiert euch über die Theorierichtung des Postkeynesianismus in eurer Kleingruppe. Lest dazu das Material und sucht im Internet nach weiteren Quellen.
2. Bereitet im Anschluss ein Flipchart vor, auf dem ihr interessante Aspekte Eurer Diskussion für Eure Kommiliton:innen darstellt und im Plenum vorstellen könnt
3. Nachdem alle Gruppen vorgestellt haben, werden gemeinsam Zitate zu den Theorierichtungen zugeordnet.

Material:

Der Postkeynesianismus geht davon aus, dass das von John Maynard Keynes und Michal Kalecki entwickelte **Prinzip der effektiven Nachfrage** sowohl auf die kurze als auch auf die lange Frist die Produktion bestimmt. Das heißt, dass die wirtschaftliche Aktivität in einer kapitalistischen Geldwirtschaft bedarfsorientiert ist und dass es **keine systemimmanenten** Mechanismen gibt, die Vollbeschäftigung und die Vollausslastung der Kapazitäten sicherstellen. Postkeynesianer*innen verbindet ihre Ablehnung der verschiedenen Ausprägungen der Neoklassik, die als ungeeignet für die Analyse einer monetären, kapitalistischen Wirtschaft angesehen werden. Sie eint das gemeinsame Bestreben, eine alternative ökonomische Theorie aufzubauen, die besser dafür geeignet ist, die inhärenten Merkmale der modernen kapitalistischen Wirtschaft wie Arbeitslosigkeit, (Finanz-)Krisen, Wirtschaftszyklen, Depressionen, technologischen Wandel und ungleiche Entwicklung zu analysieren.

Postkeynesianer*innen betrachten kapitalistische Ökonomien als sehr produktive, aber auch sehr **instabile** und **konfliktive** Systeme. Die Beschäftigung wird nicht auf dem Arbeitsmarkt bestimmt, sondern durch die effektive Nachfrage, die im Normalfall aber nicht hoch genug ist, um Vollbeschäftigung sowie die volle Nutzung aller verfügbaren Ressourcen zu garantieren. **Fluktuationen** in der effektiven Nachfrage beruhen zumeist auf Änderungen in den Investitionsausgaben, welche stark von **Erwartungen** beeinflusst werden. Aufgrund der **fundamentalen Unsicherheit** der wirtschaftlichen Entwicklung können Individuen und Unternehmen nicht in dem Sinne rational handeln, wie es Mainstream-Ökonom*innen annehmen. Stattdessen treffen sie eher Entscheidungen, die auf Faustregeln beruhen, da letztere besser dafür geeignet sind, mit unvollständigen und komplexen Informationen zugehen. Die Faustregeln sind zudem stark durch soziale Konventionen und Normen beeinflusst, die zu Stabilität (z.B. Tarifverträge, die das Preisniveau stabilisieren) sowie zu Instabilität führen können (z. B. durch Herdenverhalten auf den Finanzmärkten).

Makro-(ökonomische) Phänomene können auch **emergente Eigenschaften** besitzen, die nicht vollkommen durch das Aggregieren von individuellem Verhalten erklärt werden können. Eine sehr einfache Analogie kann anhand der folgenden Situation aufgezeigt werden. Wenn alle Zuschauer*innen in einem Kino aufstehen, wird niemand seine oder ihre Sicht verbessern. Wenn aber nur eine Person aufstünde, würde diese Person seine oder ihre Sicht sehr wohl verbessern. Diese Art des Denkens hat zur Entdeckung von **makroökonomischen Paradoxien** geführt. Paradox heißt hier, dass eine Handlung, die für ein Individuum, eine Firma oder einen Staat vernünftig erscheint, zu unvorhergesehenen, negativen oder sogar irrationalen kollektiven Resultaten oder Verhalten führen kann, wenn alle Individuen, Firmen oder Staaten sich ähnlich verhalten. Lohnsenkungen können z.B. für ein einzelnes Unternehmen von Vorteil sein, weil es dann an Wettbewerbsfähigkeit hinzugewinnt. Wenn jedoch alle Unternehmen die Löhne senken, kann kein Unternehmen Wettbewerbsfähigkeit hinzugewinnen. Zudem bricht die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ein,

weshalb der Unternehmenssektor durch die kollektiven Lohnsenkungen unter Umständen sogar geschädigt wird. Daher befürwortet der Postkeynesianismus Arbeitsmarktinstitutionen, die kollektive Tarifverhandlungen fördern und einen Nominallohn festlegen, den niemand untergraben kann. Dies zwingt Unternehmen dazu, durch Qualität und Produktivität zu konkurrieren, ohne eine Deflation durch Senkung der Löhne zu bewirken.

Viele Postkeynesianer*innen argumentieren zudem, dass eine gleichmäßigere Verteilung des Einkommens zwischen Kapitalist*innen und Arbeiter*innen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und das Wachstum steigern und somit zu einer Steigerung der Bruttogewinne der kapitalistischen Klasse führen. Dies unterstreicht die Tatsache, dass es für die Postkeynesianismus keinen grundlegenden Zielkonflikt zwischen dem sozialen Zusammenhalt als politischem Ziel auf der einen Seite und dem Wachstum als wirtschaftliches Mittel zur Erhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus sowie zur Verbesserung der Lebensbedingungen auf der anderen Seite gibt.

Das Streben nach Profiten macht den Kapitalismus zu einem **dynamischen System**, das üblicherweise aufgrund von Investitionen und Technologiewandel über Zeit wächst. Jedoch werden Wachstumsdynamiken stark von kurzfristigen wirtschaftlichen Entwicklungen beeinflusst, die hauptsächlich auf der Gesamtnachfrage beruhen. Die Wirtschaft entwickelt sich daher in **historischer Zeit**; d.h., dass die Vergangenheit aufgrund von **Pfadabhängigkeiten** einen weitreichenden Effekt auf die Zukunft hat. Vorübergehende negative Schocks können also das Produktionspotential nachhaltig reduzieren. Kurzfristige Effekte haben also einen starken Einfluss auf langfristige Entwicklungen.

Der Postkeynesianismus bietet ein reichhaltiges Angebot an Politikempfehlungen, die sich oft erheblich von den Standardrezepten der Mainstream-Ökonomik unterscheiden. Er favorisiert z.B. die Fiskalpolitik als Hauptwerkzeug, um die Wirtschaft kurz- und langfristig zu stabilisieren. Die Geldpolitik sollte auf niedrige Zinsen abzielen, um Stabilität im Währungs-, und Finanzsektor sowie der Realwirtschaft zu gewährleisten anstatt sich verengt auf die Inflationsbekämpfung zu fokussieren. Andere Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft könnten durch eine strikte Regulierung der Finanzmärkte u.a. durch Kreditkontrollen und vermögensbezogene Reserveanforderungen erfolgen. Was die internationale Wirtschaftspolitik anbelangt, so betrachtet die Postkeynesianismus den freien Handel nicht als vorteilhaft für ärmere Länder, solange es ihnen nicht hilft, ihre eigenen wettbewerbsfähigen Industriezweige aufzubauen. Um dies zu tun, bevorzugen Postkeynesianer*innen Kapitalkontrollen, kontrollierte Wechselkurse und den Schutz junger Industriezweige.

Das Hauptziel des Postkeynesianismus ist es, die Dynamik kapitalistischer Systeme aus makroökonomischer Sicht zu verstehen. Postkeynesianer erkennen die positiven unternehmerischen Effekte an, sind jedoch sehr skeptisch gegenüber freien Märkten und tendieren stärker zu strenger **Regulierung**, um die Probleme eines kapitalistischen Systems zu überwinden – und nicht den Kapitalismus selbst. Sie wollen ihn zähmen und streben einen Mittelweg zwischen Liberalismus und Sozialismus an. Daher lassen sich zentrale weltanschauliche Grundlagen und politische Ziele vieler Postkeynesianer*innen auch in der historischen Entwicklung des sozialdemokratischen Gedankengutes wiederfinden, welches auch die Aussicht auf einen Kapitalismus hat, in dem Klassen kooperieren und der nicht zu einem Nullsummenspiel werden sollte. Viele Postkeynesianer*innen widersprechen jedoch stark den politischen Programmen, die sozialdemokratische Parteien der westlichen Industriestaaten nach der neoliberalen Wende zum "dritten Weg" in den 1990er Jahren vorlegten. Während heute viele postkeynesianische Ökonom*innen erkennen, dass unbegrenztes Wachstum aus ökologischer Sicht problematisch ist, bleibt es das zentrale Instrument zur Vollbeschäftigung und kann daher als Hauptziel der Postkeynesianismus gesehen werden.

Der Text stellt eine gekürzte und leicht abgeänderte Form der Darstellung auf dieser Seite dar:
<https://www.exploring-economics.org/de/orientieren/postkeynesianismus/>

Gruppe 3: Marxistische Politische Ökonomik

Aufgabe:

1. Informiert euch über die Theorierichtung des Marxismus in eurer Kleingruppe. Lest dazu das Material und sucht im Internet nach weiteren Quellen.
2. Bereitet im Anschluss ein Flipchart vor, auf dem ihr interessante Aspekte Eurer Diskussion für Eure Kommiliton:innen darstellt und im Plenum vorstellen könnt
3. Nachdem alle Gruppen vorgestellt haben, werden gemeinsam Zitate zu den Theorierichtungen zugeordnet.

Material:

Marxistische Politische Ökonomie umfasst Perspektiven der Politischen Ökonomie, die im weiteren Sinne in der Tradition der Werke von Karl Marx stehen, insbesondere dem Kommunistischen Manifest, den Grundrissen oder dem Kapital. Im Allgemeinen strebt MPÖ eine integrative Analyse von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik an. Diese drei Elemente werden nicht als isolierte, sondern als interdependente Strukturen angesehen, die sich historisch herausgebildet haben. Um die Dynamiken innerhalb dieser Bereiche zu verstehen, ist die Analyse von Klassenkämpfen zentral.

Kapital und Arbeit verkörpern zwei antagonistische Klassen. Erstere ist vor allem durch das Eigentum an den **Produktionsmitteln** gekennzeichnet, letztere besteht aus in doppelter Hinsicht **freien Lohnarbeiter*innen**: sie sind befreit von der Kontrolle der Produktionsmittel sowie frei darin, im Vergleich zum Feudalsystem, ihre **Arbeitskraft** zu verkaufen. Kollektive Interessen werden im Zusammenspiel zwischen Klassen und nicht zwischen Individuen generiert. All dies bedeutet nicht, dass Individuen keine eigenen Entscheidungen treffen können. Jedoch gibt es innerhalb einer bestimmten Produktionsweise einflussreiche materielle und soziale **Strukturen** (wie z.B. Wettbewerb), die Menschen veranlassen, sich den Strukturen entsprechend zu verhalten. Folglich verwendet die MPÖ nicht eine universalistische Sicht über Menschen, die sich zwingenderweise kompetitiv oder kollaborativ verhalten, sondern betont den Einfluss der spezifisch-historischen Produktionsweise auf die Art und Weise, wie sich Menschen verhalten.

Marx strukturierte seine Analyse der kapitalistischen Produktionsweise um die **Ware** als zentrales Element der Ökonomie. Waren sind Produkte oder Dienstleistungen, die auf dem Markt verkauft werden und von menschlicher Arbeitskraft hergestellt werden. Das charakteristische Merkmal der Waren ist ihr doppelter Charakter – als **Gebrauchswert** und als **Tauschwert**. In der kapitalistischen Produktionsweise wird der Gebrauchswert negiert, wohingegen der Tauschwert an erster Stelle steht. Somit orientiert sich die Produktion in kapitalistischen Gesellschaften nicht primär an den Bedürfnissen der Bevölkerung (der Gebrauchswerte), sondern an der Generierung eines hohen Tauschwertes, einfach gesagt, Profit. Laut MPÖ basiert dieser Profit auf der Ausbeutung der Arbeitskraft, d.h. der Lohnarbeiter*innen. Kapitalist*innen zahlen den Arbeiter*innen den Lohn, den sie benötigen, um ihre Arbeitskraft zu reproduzieren, auch wenn sie durch ihre Arbeit einen höheren Wert erzeugen. Diesen **Mehrwert** eignen sich die Kapitalist*innen an und reinvestieren ihn. Die Anhäufung von Geld im Sinne von Kapital durch die kapitalistische Klasse wird als **Kapitalakkumulation** bezeichnet. Letztere ist eine zentrale Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise und beinhaltet einen strukturellen Wachstumsimperativ.

Innerhalb einer bestimmten Produktionsweise hat die MPÖ historisch einige Tendenzen und **Gesetzmäßigkeiten** in der ökonomischen, sozialen und politischen Sphäre herausgearbeitet. Beispiele in der kapitalistische Produktionsweise wären die zunehmende Akkumulation und Konzentration von Kapital und wiederkehrende Krisen der kapitalistischen Produktion. Aktuell

betonen viele Wissenschaftler*innen der MPÖ, dass die Tendenz zur **Überakkumulation** des Kapitals seit den 1970er Jahren zentral dafür ist, die verschiedenen Finanz- und Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahrzehnte weltweit zu erfassen. In dem Prozess der Überakkumulation sucht zu viel Geldkapital profitable Investitionsmöglichkeiten. Da Finanzanlagen in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend profitabler geworden sind, wird unverhältnismäßig viel Geldkapital von der industriellen Produktion abgezogen und als **fiktives Kapital** verwendet. Dieses Geldkapital wird als fiktiv bezeichnet, da es keine materielle Entsprechung in Waren oder der Produktion hat. Obwohl es keinen Mehrwert im Arbeitsprozess generiert, kann sich fiktives Kapital durch die Erwartung, diesen zukünftig zu erzeugen, selbst reproduzieren. Während diese Investitionen profitabel für Geldeigentümer sind, leidet die Wirtschaft unter zunehmender wirtschaftlicher Ungleichheit, fehlender effektiver Nachfrage (welche vorübergehend durch die Ausweitung von kreditbasiertem Konsum erhalten wird), und wiederkehrender Inflation von Vermögenswerten, die zu „platzenden Blasen“ führen.

Viele Wissenschaftler*innen der MPÖ argumentieren, dass die Finanzkrise von 2007/2008 eine strukturelle Krise des Kapitalismus darstellt, die möglicherweise die Struktur der Weltwirtschaft für die kommenden Jahrzehnte verändert. In diesem Zusammenhang hat ein wachsender interdisziplinärer Forschungsstrang die Debatte weiter aufgespannt: es wird darauf hingewiesen, dass die Krise nicht auf Finanzen oder die Wirtschaft beschränkt ist, sondern vielmehr als **multiple Krise** gefasst werden sollte, die auch die Klima- oder Umweltkrise, eine Krise der repräsentativen Demokratie und des globalen Regierens sowie eine Krise der sozialen Reproduktion miteinschließt.

Letztlich erfordert das Zusammenfallen dieser Krisendynamiken eine grundlegende Transformation der gesellschaftlichen Organisation, der globalen Reproduktion, der Verteilung und des Konsums. Deshalb diskutieren aktuelle Beiträge Strategien, Stärken und Schwächen transformativer Politik und sozialer Bewegungen. Debatten um Post-Kapitalismus, neue Formen des Sozialismus oder Kommunismus haben in den letzten Jahren verstärktes Interesse erfahren. Inwiefern diese Debatten zu wirkungsvollem gesellschaftlichem Wandel führen werden, wird nicht von Geschwindigkeit und Umfang der akademischen Debatte, sondern von den Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft abhängen. Jedoch kann die Debatte ein interessanter Ausgangspunkt für Studierende sein, um Gesellschaft und sozialen Wandel grundsätzlich zu überdenken. Dies mag auch der Grund dafür sein, dass vermehrt VWL-Studierende Interesse daran entwickeln, die MPÖ zu verstehen und anzuwenden.

Marxistische Politische Ökonom*innen haben das explizite Ziel, Gesellschaft sowohl zu kritisieren als auch zu verändern. Die emanzipatorische Perspektive der MPÖ zielt auf eine gerechtere Gesellschaft ab. Dominanz, Ausbeutung und Ungleichheit sollen bekämpft werden. Das bedeutet letztendlich, dass der Kapitalismus radikal reformiert oder überwunden werden muss. Im Gegensatz zu keynesianischen Ansätzen betont die MPÖ nicht die Notwendigkeit, durch staatliche Maßnahmen (z.B. durch Besteuerung) Einkommens- und Vermögensunterschiede zu verkleinern, um zur „Goldenen Ära“ zurückzukehren. Hingegen fordert sie, die Ungleichheit an den ihren Wurzeln anzugehen. Deshalb werden oft Arbeiter*innenkontrolle über die Produktionsmittel, Solidarische Ökonomie, gemeinschaftliche oder kooperative Produktionsstrukturen vorgeschlagen, da sie die Produktionsbedingungen verändern, die die Grundlage für bestehende Ungleichheiten sind.

Der Text stellt eine gekürzte und leicht abgeänderte Form der Darstellung auf dieser Seite dar:
<https://www.exploring-economics.org/de/orientieren/marxismus/>

Gruppe 4: Österreichische Schule

Aufgabe:

1. Informiert euch über die Theorierichtung der Österreichischen Schule in eurer Kleingruppe. Lest dazu das Material und sucht im Internet nach weiteren Quellen.
2. Bereitet im Anschluss ein Flipchart vor, auf dem ihr interessante Aspekte Eurer Diskussion für Eure Kommiliton:innen darstellt und im Plenum vorstellen könnt
3. Nachdem alle Gruppen vorgestellt haben, werden gemeinsam Zitate zu den Theorierichtungen zugeordnet.

Material:

Die österreichische Schule wird in der Regel auf das Werk von Carl Menger zurückgeführt und betont insbesondere den Subjektivismus, das Nutzenprinzip und den Marginalismus in der ökonomischen Analyse. Vertreter der österreichischen Schule werden häufig als „Austrians“ oder Österreicher bezeichnet. Österreicher werden oft in die Nähe des Liberalismus bzw. des Libertarismus eingeordnet. In der Konsequenz wird ihnen eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber dem Staat attestiert. Einige Vertreter*innen der österreichischen Schule gestehen dem Staat jedoch eine Rolle in der Sicherung von Gemeingütern wie die Sicherung von Eigentumsrechten oder die innere Sicherheit zu. Manche Vertreter wie z.B. Hayek gingen sogar soweit über Mindestsicherungen nachzudenken. Radikalere Mitglieder wie Murray Rothbard, die sich in der Tradition des Anarcho-Kapitalismus befinden, sehen aber selbst die Bereitstellung von Gemeingütern als besser durch den Markt zu bewältigen an. Grundsätzlich besteht jedoch ein starker Zusammenhang der heutigen Österreicher mit den philosophischen Positionen des Libertarismus.

Österreicher stellen die Entscheidungen des Individuums in den Mittelpunkt, da es Institutionen oder Aggregaten vorausgeht. Die Marktwirtschaft wird von den meisten Österreicher als **Koordinationsmechanismus** verstanden, der es Individuen ermöglicht ihre Informationen so zu nutzen, dass sie ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in einer Weise planen können, die mit den Plänen aller anderen konsistent sind. Diese Koordination individueller Angebots- und Nachfragepläne funktioniert jedoch niemals vollständig, weil Pläne auf eine ungewisse Zukunft gerichtet sind. Für das Funktionieren der dezentralisierten, individuellen Wirtschaftsplanung und die Koordination über Märkte ist entscheidend, dass im Marktprozess neue Informationen entstehen. Dieser Sachverhalt wird durch die Charakterisierung des Marktes als **Entdeckungsverfahren** verdeutlicht. Der Markt erzeugt Informationen über sich ständig verändernde Knappheitsrelationen, die es den Individuen ermöglichen, ihre (Zukunfts-)Pläne an veränderte Bedingungen anzupassen und mit Kontingenzen umzugehen. Ein typisches Beispiel zur Demonstration des Marktes als Entdeckungsverfahren ist die Herstellung eines Bleistiftes, welches eine komplexe Koordination arbeitsteiliger Aktivitäten erfordert. Erst durch den Prozess des Markttauschs werden die Informationen über die Preise der Produktionsfaktoren (z.B. Graphit) entdeckt, die es den Produzenten*innen ermöglichen, darüber zu entscheiden, wie viel von welcher Kombination von Materialien im Herstellungsprozess verwendet werden sollen. Der Markt „entdeckt“ somit den Wert der Produktionsfaktoren sowie der anschließend hergestellten Güter und Dienstleistungen, wenn Markttausch betrieben wird. In den Marktpreisen werden Informationen verschiedener Marktteilnehmer*innen aggregiert. Beispielsweise muss der Hersteller eines Bleistifts nicht selbst wissen wie Graphit abgebaut wird, um das Wissen derjenigen zu nutzen, die solche Bergbau-Kenntnisse besitzen. Das Wissen bleibt dezentralisiert, und dennoch werden die wirtschaftlichen Aktivitäten der Akteure so koordiniert, dass am Ende ein fertiger Bleistift entsteht.

Ein weiteres Merkmal der Österreichischen Schule ist das von Hayek geprägte Konzept der **spontanen Ordnung**, die aus den dezentralisierten Planungen der Individuen entsteht. Das Marktergebnis, sowie andere soziale Institutionen wie Geld oder Sprache, werden als Ergebnis menschlichen Handelns, jedoch nicht menschlichen Entwurfs interpretiert. Diese Einschätzung verdeutlicht, dass die Österreicher der zentralen Planung, staatlichen Gestaltung und Vorhersage von wirtschaftlichen Aktivitäten keine oder nur geringe Leistungsfähigkeit zugestehen. Nach ihrer Einschätzung können weder das Marktergebnis insgesamt, noch das Verhalten der einzelnen Individuen, von einer zentralen Autorität vorhergesagt oder gesteuert werden.

Im Gegensatz zur Neoklassik sind die Österreicher der Auffassung, dass ein wohlfahrtsoptimaler Zustand nie erreicht werden. Zwar gibt es Marktmechanismen, durch die auf Märkten eine Tendenz entsteht, sich zu einem Gleichgewichtszustand hinzubewegen. Vertreter*Innen der Österreichischen Schule argumentieren jedoch, dass sich das „Marktumfeld“ ständig verändert (Präferenzen, Technologien, Wissen), sowie dass die zum Erreichen des Gleichgewichts notwendigen Informationen über alle Marktteilnehmer hinweg verstreut sind und niemals in einer Weise aggregiert werden können, die die Entstehung eines Gleichgewichts ermöglicht. Das Marktgleichgewicht ist für die Vertreter*innen der österreichischen Schule daher ein hypothetisches Konzept, das analytisch genutzt, jedoch als sich kontinuierlich bewegendes Ziel verstanden wird („continually moving target“). Stattdessen wird von ihnen die These vertreten, dass es im Marktprozess kontinuierliche Wohlfahrtszuwächse durch unternehmerisches Handeln bzw. „entrepreneurial innovation“ gibt. Märkte tendieren dazu, geräumt zu werden, aber wenn die existierende Konfiguration von Preisen und Mengen gestört wird, verändert diese Störung die zu Grunde liegenden wirtschaftlichen Bedingungen, so dass die Wirtschaft nicht zu ihrem vorherigen Zustand zurückkehren kann. Allgemein zielt die Forschung der Österreicher somit darauf ab, die Prozesse der **Allokation von Ressourcen und der Koordination von Angebots- und Nachfrageplänen** zu verstehen.

Die theoretische Rechtfertigung von *laissez-faire* und marktorientierter Politik leitet sich aus dem Verständnis der österreichischen Schule ab, dass der Markt Ressourcen effizient verteilen kann und das Koordinationsproblem lösen kann. Die Skepsis gegenüber staatlichen Eingriffen in den Markt rührt also daher, dass angenommen wird, dass eine technokratische Behörde, im Gegensatz zum Markt und dessen Preisen, niemals in der Lage sein wird, die Komplexität des ökonomischen Systems zu begreifen und die verstreuten Informationen der Marktteilnehmer entsprechend zu bündeln. Folgt man dieser Analyse, so ist davon auszugehen, dass ökonomische Regulierungen aufgrund der wissenschaftlich nicht zu verstehenden Komplexität der Ökonomie auch zu unvorhergesehenen Konsequenzen führen. Wenn aber die Resultate der Intervention neue Probleme schaffen, verleitet dies die Regierung dazu, weitere Interventionen als Lösung zu suchen. Dadurch wird ein Teufelskreis angestoßen, in dem immer neue Interventionen die Wirtschaft langfristig in die Nähe einer Planwirtschaft bewegen. Zentralbanken wurden aufgrund ihrer Eingriffe in den Marktpreis für Geld (den Zins) in den letzten Jahrzehnten von vielen Österreicher kritisiert, weil ein zu niedriger Leitzins falsche Preissignale an Entrepreneurs sende, was zu Fehlinvestitionen und langfristig zu einem Boom-Bust Zyklus führe.

Der Text stellt eine gekürzte und leicht abgeänderte Form der Darstellung auf dieser Seite dar:
<https://www.exploring-economics.org/de/orientieren/oesterreichische-schule/>